

Stellvertretende, stimmberechtigte Mitglieder

Herr Wolfgang Scheiblich Sozialdienst katholischer Männer (in Vertretung für Herrn Krücker / Caritas)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Armin Dappen Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Biber Happe FDP

Herr Oswald Pannes Fraktion Die Linke.

Frau Doris Rost Pro Köln

Herr Paul Spörl FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Lyudmyla Beysorina entsandt vom Integrationsrat

Frau Amalie Klein entsandt von der Seniorenvertretung

Herr Ibrahim Turhan entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik (in Vertretung für Frau Combrink-Souhjoud)

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe mit beratender Stimme

Herr Ulrich Bergmann Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband

Frau Helga Blümel Diakonisches Werk Köln und Region

Frau Ruth Differdange Kath. Familienbildungswerk e.V.

Herr Konrad Gilges AK für das ausländische Kind e.V.

Frau Karin Grevelhörster Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung

Frau Almut Gross Jugendhilfe Köln e.V.

Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz Kölner Spielewerkstatt e.V. (in Vertretung für Herrn Schäfer-Remmele / Theaterpädagogisches Zentrum)

Frau Monika Knepper Deutsches Rotes Kreuz (in Vertretung für Herrn Ruda)

Frau Frauke Mahr Mädchenhaus Köln e.V.

Herr Hans-Josef Saxler Soziales Zentrum Lino-Club e.V.

Herr Fabian Stettes	Kath. Jugendwerke e.V. (in Vertretung für Herrn Hildebrand)
Frau Sarah van Dawen	Kölner Jugendring e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erziehverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Frau Carmen Wöhler	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.(MCD /HKS)
Herr Dr. Wolfgang Zschke	Jugendhilfe und Schule e.V. (Nippes Museum)

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Carolin Krause

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold	Ev. Kirchengemeinde (in Vertretung für Herrn Pfarrer Völker)
Frau Mathilde Magna Becker	Bezirksregierung Köln als Vertreter der Schulen
Frau Marianna Seyda	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Georg Spitzley	Kath. Kirchengemeinde
Frau Dr. Sabine van Eyck	Gesundheitsverwaltung (in Vertretung für Frau Dr. Bunte)
Herr Wolfgang Wendelmann	Polizeipräsidium Köln
Herr Josef Zimmermann	Kath. Kirchengemeinde (in Vertretung für Herrn Spitzley)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten:

Frau Anja Daub	Bundesagentur für Arbeit (in Vertretung für Herrn Meier)
Frau Christiane Lehmann	Handwerkerinnenhaus Köln e.V. (in Vertretung für Frau Mahr / Mädchenhaus Köln)
Herr Wolfgang Wirtz	Evangelische Familienbildungsstätte

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Ausschussmitglieder, die Besucher und die Presse.

Der Ausschussvorsitzende macht auf die zur Mitnahme vorgesehenen Broschüren zu TOP 3.5 sowie den neuen Umdruck der Anlage zu TOP 3.4 aufmerksam.

Die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien liegen zu TOP 7.1 und 8.3 als Tischvorlage aus.

Herr Dr. Heinen weist darauf hin, dass die Niederschrift zur letzten Sitzung, TOP 3.23, nicht das exakte Meinungsbild der Ausschussmitglieder darstelle. Er stellt klar, dass die Verantwortung, einen gemeinsamen Vorschlag zum Procedere zu entwickeln und in einer der kommenden Sitzungen zu beschließen, bei der Politik gesehen worden sei.

In diesem Zusammenhang wirft Herr Dr. Schlieben die Frage auf, inwieweit in Protokollen auftauchende Fehler geheilt werden können und ob es Sinn mache, die Niederschriften generell zu verabschieden.

Herr Dr. Heinen schließt sich dem Vorschlag an, die Genehmigung der jeweils letzten Niederschrift als festen Punkt auf die Tagesordnung aufzunehmen. Die Verwaltung stimmt dem zu.

Es wurden folgende Vorlagen als Tischvorlage ausgeteilt: 3831/2012 (TOP 3.11), 2584/2012 (TOP 3.12), 3961/2012 (TOP 3.13), 3930/2012 (TOP zu 5.2.1).

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Dr. Heinen, noch folgende Punkte in die Tagesordnung aufzunehmen: 2.1, 2.2, 3.6, 3.7, 3.8, 3.9, 3.10, 3.11, 3.12, 3.13, zu 5.1.1, 5.2.1, zu 5.2.1 und 8.5.

Auch die kurzfristig eingebrachte Vorlage 1199/2012 („Maßnahmen gegen Jugendkriminalität“) wurde als Tischvorlage verteilt, welche als TOP 8.6 nachträglich auf die Tagesordnung aufgenommen werden soll. Hiergegen macht Frau Laufenberg Fristeneinrede geltend, da zwar inhaltlich keine Einwände bestehen, aber der Umfang der Vorlage und die hohen Beträge, über die zu entscheiden sei, eine umfassende Vorbereitung erfordern.

Frau Beigeordnete Dr. Klein äußert ebenfalls ihr Bedauern, die Vorlage derart kurzfristig als Tischvorlage einbringen zu müssen, eine frühzeitigere Vorlage sei wegen des bestehenden Finanzdrucks jedoch nicht möglich gewesen. Sie betont die Wichtigkeit eines zügigen Beschlusses, insbesondere, um den in den betreffenden Bereichen verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Stadt Köln und freien Trägern eine Planungssicherheit zu geben. So sei aufgrund der bisher bestehenden Befristung auf den 31.12.2012 beispielsweise im Bereich des Streetwork nur noch eine von ursprünglich fünf Stellen besetzt.

Herr Dr. Heinen schließt sich der Position an, dass eine weitere Verzögerung nicht dienlich sei und weist auf die Verantwortung der Politik hin, auf eine rechtzeitige Entscheidung solch wichtiger Themen hinzuwirken, zumal die Inhalte grundsätzlich bekannt seien. Er bittet die FDP-Fraktion dringend, auf die Fristeneinrede zu verzichten.

Da Frau Laufenberg weiterhin auf die Einrede besteht, wird TOP 8.6 nicht auf die Tagesordnung der laufenden Sitzung aufgenommen.

Mit der Aufnahme der übrigen genannten Punkte erklärt sich der Jugendhilfeausschuss einstimmig einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen

- 2.1 Erweiterte Anfrage zum Sachstandsbericht des Bildungspaketes 3759/2012
- 2.2 Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsangebote für 10-14jährige Schülerinnen und Schüler" für das Schuljahr 2011/2012
hier: Anfrage von Frau Blümel zur Förderung von ÜMB-Gruppen in Familienzentren des SKM
1002/2012

3 Mitteilungen

- 3.1 Rücktritt einer sachkundigen Einwohnerin
3332/2012
- 3.2 Neuwahl eines sachkundigen Einwohners und dessen Stellvertreterin für den Jugendhilfeausschuss
3531/2012
- 3.3 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3535/2012
- 3.4 Neuwahl eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3537/2012
- 3.5 Angebotsübersicht RAA zweites Halbjahr 2012 und Dokumentation Aktionsfeld Familienbildung von "Lernen vor Ort"
3663/2012

- 3.6 Rücktritt eines beratenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses
3761/2012
- 3.7 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen, hier: Verantwortungsgemeinschaft
von Stadt und Land
3717/2012
- 3.8 "Tag der Jugend im Rathaus 2012"
3555/2012
- 3.9 Fertiggestellte Baumaßnahmen auf öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen
3684/2012
- 3.10 Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung im Kindergartenjahr
2012/13
3933/2012
- 3.11 Fortführung der Arbeit des Kriebelshofes
3831/2012
- 3.12 Optimierung der Berichtspflicht gem. § 42 der Geschäftsordnung des Rates
und der Bezirksvertretungen
2584/2012
- 3.13 Hearing zum Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Köln
3961/2012

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 4.1 Frühere Anträge
- 4.2 Neue Anträge

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 5.1 Frühere Anfragen
 - 5.1.1 Rosenmaarschule
AN/1535/2012

zu 5.1.1 Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der GGS Am Rosenmaar
3733/2012

5.1.2 Auswirkungen des "U3-Krippengipfels" auf Köln
AN/1547/2012

zu 5.1.2 Auswirkungen des "U3-Krippengipfels" auf Köln
3327/2012

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Strukturelle Unterfinanzierung und Haushaltskürzungen
AN/1720/2012

zu 5.2.1 Strukturelle Unterfinanzierung und Haushaltskürzungen
3930/2012

**6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

6.1 Mittelverteilung an Projekte der Jugendberufshilfe
3362/2012

6.2 Realisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation von
Kindern im Schulalter.
hier: Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsbetreuung für 10 - 14jährige Schüle-
rinnen und Schüler" für das Schuljahr 2012/2013
3543/2012

6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
"Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung
e.V."
3253/2012

6.4 Förderung der Mitgliedsverbände im "Ring politischer Jugend Köln"
2573/2012

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Annahme einer zweckgebundenen Spende für den Spielplatz im Forstbotani-
schen Garten
2912/2012

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Rücktritt eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes, Wechsel der
Vertretung und Vorschlag zur Neuwahl
3413/2012

- 8.2 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschusses
3416/2012
- 8.3 Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-
Realschule, Dechenstraße 1, 50825 Köln (Neuehrenfeld)
hier: Änderungsbeschluss zum Ratsbeschluss vom 20.12.2011
2952/2012
- 8.4 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschusses
3507/2012
- 8.5 Genehmigung von überplanmäßiger Auszahlung
3653/2012

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Frau Gonca Mucuk, Herr Niklas Kienitz und Frau Kirsten Jahn bestimmt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Erweiterte Anfrage zum Sachstandsbericht des Bildungspaketes 3759/2012

Frau Stahlofen bittet um Kenntnissgabe der Zahlen aus Juni diesen Jahres, wie es auch im Ausschuss Soziales und Senioren der Fall gewesen sei. Von Interesse seien die aktuellen Zahlen zu den neuen Anträgen, gerade nachdem per Erlass die Versetzungsgefährdung als Kriterium für die Bewilligung einer Lernförderung ausgeschlossen worden sei.

Frau Heuer erklärt für das Amt für Schulentwicklung, dass die Schulen derzeit informiert werden. Aufgrund der Verzögerung wegen der Schulferien, bis die Verbreitung der Informationen über die rechtlichen Neuerungen abgeschlossen und erste Zahlen über die darauffolgenden Bewilligungen erhoben worden seien, werde es noch einige Zeit brauchen. Inhaltlich sei man jedoch längst bei der Umsetzung der Änderungen.

2.2 Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsangebote für 10-14jährige Schülerinnen und Schüler" für das Schuljahr 2011/2012 hier: Anfrage von Frau Blümel zur Förderung von ÜMB-Gruppen in Familienzentren des SKM 1002/2012

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3 Mitteilungen

3.1 Rücktritt einer sachkundigen Einwohnerin 3332/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.2 Neuwahl eines sachkundigen Einwohners und dessen Stellvertreterin für den Jugendhilfeausschuss 3531/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.3 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugend- hilfeausschuss 3535/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.4 Neuwahl eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 3537/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.5 Angebotsübersicht RAA zweites Halbjahr 2012 und Dokumentation Akti- onsfeld Familienbildung von "Lernen vor Ort" 3663/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk bringt zum Ausdruck, wie lobenswert sie das Programm „Lernen vor Ort“ finde. Nachdem es im August 2012 ausgelaufen sei, sei bereits im Integrationsrat die Frage aufgekommen, ob bzw. wie es fortgeführt werden könne. Diese Frage wolle sie nun auch in den Jugendhilfeausschuss bringen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein weist auf die Bestrebungen der Verwaltung hin, eine solche Förderung in dieser Linie weiterzuführen, auch wenn dies aufgrund fehlender Ressourcen nicht in der bisherigen Intensität möglich sei.

3.6 Rücktritt eines beratenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschus- ses 3761/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.7 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen, hier: Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land 3717/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen merkt an, dass aus der Mitteilung nicht derart positive Nachrichten zu entnehmen seien, wie gewünscht.

Frau Beigeordnete Dr. Klein hebt zunächst die Vorreiterposition Kölns in dieser Thematik hervor. Nicht außer Acht gelassen werden dürfe dabei jedoch, dass die damit einhergehende finanzielle Last nicht allein kommunal zu schultern sei. Aus diesem Grund verweise der Inklusionsplan an vielen Stellen auf die Konnexitätsproblematik. Nach Erstellung von Gutachten und Gegengutachten seien nun Verhandlungen im Gange. Ein denkbares Ergebnis sei hier die Klage einzelner Kommunen, sofern sich dies nicht vermeiden ließe.

Herr Dr. Schlieben wiederholt in diesem Zusammenhang seine bereits in der letzten Sitzung geäußerte Bitte um eine etwaige Aufstellung der Mehrkosten durch die Inklusion. Frau Beigeordnete Dr. Klein habe auf ihr Schreiben hin eine unzureichende Antwort vom Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW erhalten. Er schlage vor, dass sie nun in einem nochmaligen Anschreiben konkrete Antworten vom Ministerium einfordere.

Herr Pannes schließt sich seinem Vorredner an. Er ermutigt ebenfalls zum Nachhaken und warnt vor der Tendenz, Inklusion zum „Sparmodell“ zu machen, da dies eine Verschärfung der Spaltung in unserer Gesellschaft bedeute.

Frau Beigeordnete Dr. Klein zweifelt an, dass ein weiteres Schreiben eine zufriedenstellende Aussage des Ministeriums zur Folge haben werde, weil man sich weiterhin im Gutachterstreit befinde. Sie werde dies jedoch im bevorstehenden Gesprächstermin mit dem Staatssekretär nochmals zum Thema machen.

Die errechneten Zahlen zu den Mehrkosten können auch weiterhin nicht vorschnell bekanntgegeben werden, da sie gegebenenfalls Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens und ausschlaggebend für dessen Ergebnis werden können. Man werde die Zahlen daher erst nach Absprache im Städtetag offenlegen, wenn ein etwaiges Verfahren entsprechend fortgeschritten sei.

3.8 "Tag der Jugend im Rathaus 2012" 3555/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen spricht seinen Dank an alle Beteiligten und eine Einladung an alle Interessenten aus.

Herr Krücker bittet um Information, welche Kosten mit diesem Aktionstag verbunden sind, und aus welcher Haushaltsposition diese beglichen werden.

Frau John sagt eine Nachlieferung der gewünschten Daten in schriftlicher Form durch die Verwaltung zu.

3.9 Fertiggestellte Baumaßnahmen auf öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen 3684/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.10 Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung im Kindergarten- jahr 2012/13 3933/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen hebt hervor, dass der Stadtteil Hahnwald im Vergleich die größte Platzzahlsteigerung erfahren habe.

Frau Beigeordnete Dr. Klein gibt bekannt, dass indes eine Quote von 32 % für die Stadt Köln erreicht worden sei. Weiterhin werde mit voller Kraft an der Unterstützung des Tagespflegeangebots der freien Träger, der Ausweitung der (teilweise betrieblichen) Großtagespflegen sowie dem Kita-Bau gearbeitet. Zur Zeit seien alle Aktivitäten darauf gerichtet, die vorgegebene Quote von 40 % vollends zu erfüllen. Dabei lege sie aktuelle Landeszahlen für alle Kommunen im Land zugrunde, da die derzeit kursierende Bundesstatistik mit niedrigeren Erfüllungszahlen bestimmte Gruppen von Kindern ausblende, die jedoch grundsätzlich mitzubewerten seien.

Ein Beweis für die weiterhin starke Bewegung in diesem Bereich sei, dass der Stadt Köln aktuell Angebote über 51 Flächen von verschiedenen Investoren vorliegen, die ernsthafte Optionen darstellen.

Den schnellen Zuwachs habe Hahnwald einer neuen Kita zu verdanken, die die Versorgungszahlen statistisch sprunghaft in die Höhe getrieben habe.

Herr Dr. Heinen stellt aktuelle Werte aus dem Ministerium zur Verfügung, wonach das Land NRW nicht – wie lt. Bundesstatistik deklariert – bei 18 %, sondern tatsächlich bei 26 % liege.

Frau Jahn zeigt sich erfreut über diese Entwicklung, insbesondere den Fakt, dass in der Stadt Köln die höchste Ausbaudynamik zu verzeichnen sei. Sie habe jedoch über Ablehnungen von beantragten Elterninitiativen gehört, die mit der Überversorgung bestimmter Stadtbezirke - in einem Fall Deutz - begründet worden seien.

Herr Pfeuffer teilt für die Verwaltung mit, dass ein solcher Ablehnungsgrund im Hinblick auf die aktuellen Vorgaben nicht vorstellbar sei. Eine neue Elterninitiative helfe auch in bereits überversorgten Stadtteilen, eine Unterversorgung in angrenzenden Gebieten auszugleichen. Da in absehbarer Zukunft nicht nur eine festgelegte Quote zu erfüllen sei, sondern der Bedarf an Plätzen grundsätzlich steige, sei weiterhin jedes Angebot willkommen.

Auch Herr Dr. Schlieben nimmt die dargelegten Fortschritte lobend zur Kenntnis. Sein Augenmerk liege jedoch auf der nur neunzigprozentigen Versorgung in der Betreuung drei- bis sechsjähriger Kinder, weshalb er sich frage, wie ein flächendeckendes Angebot erreicht werden könne. Hier warne er vor einer Situation vergleichbar der im U-3-Bereich.

Herr Dr. Heinen ruft in diesem Zusammenhang zu einem Schulterschluss gegen das von der Bundesregierung geplante Betreuungsgeld - auch auf kommunaler Ebene - auf, da dies dem weiteren Ausbau von Kita-, Elterninitiativen-, Tagespflege- und Großtagespflegeplätzen entgegenwirke.

Frau Beigeordnete Dr. Klein hebt hervor, dass im Rahmen des U-3-Ausbaus parallel eine Vielzahl an Ü-3-Plätzen geschaffen werden konnten. Von 37 Einrichtungen seien bereits 22 ans Netz gegangen, und auch bei den verbleibenden werde auf einen zusätzlichen Ü-3-Ausbau hingearbeitet. Damit werden mit jeder Kindertagesstätte, die ans Netz gehe, sowohl U-3- als auch Ü-3-Plätze geschaffen.

Herr Pfeuffer ergänzt, dass im vergangenen Jahr lange davon ausgegangen werden musste, dass sich die Kindergartenzeit aufgrund eines früheren Einschulungsalters verkürzen werde. Da von diesem Vorhaben schließlich doch Abstand genommen wurde, müssen nun wieder mehr Plätze einkalkuliert und die Förderung entsprechend nachgeholt werden.

Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen weist an dieser Stelle auf den Zuschuss von weiteren 75 Millionen Euro hin, der gerade im Landtag NRW genehmigt worden sei.

Frau Stahlofen bringt die Kinder in Libur zur Sprache, die mangels ausreichender Nachfrage nicht in ihrem direkten Umfeld in die Betreuung gehen, und erkundigt sich über die grundsätzliche Reisetätigkeit von Kindern in Köln.

Herr Dr. Schlieben verweist diesbezüglich auf den Schulentwicklungsplan, aus dem unter Anderem diese Wanderungsbewegungen ersichtlich sind.

Herr Dr. Heinen äußert zum Abschluss dieses Themas den Wunsch nach einer besseren Abstimmungsmöglichkeit im Rahmen eines gemeinsamen online-Kita-Anmeldeverfahrens für städtische und freie Träger. Hier solle für die Eltern erkennbar gemacht werden, wie viele Plätze im eigenen, aber auch in angrenzenden Stadtteilen *insgesamt* verfügbar seien und wie viele Anmeldungen bereits vorliegen.

3.11 Fortführung der Arbeit des Kriebelshofes 3831/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 1 bei.

3.12 Optimierung der Berichtspflicht gem. § 42 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen 2584/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 2 bei.

3.13 Hearing zum Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Köln 3961/2012

Die Mitteilung der Verwaltung liegt als Tischvorlage vor und wird zur Kenntnis genommen.

Frau Laufenberg zeigt sich enttäuscht über das Ergebnis und zugleich verwundert über die Planungsdauer von rund anderthalb Jahren.

Auch Herr Dr. Schlieben stellt fest, dass das Hearing bereits vor 2 Jahren beschlossen worden sei. Bei den zu erwartenden Kosten handele es sich zudem um keine u-naufbringliche Summe. Aus diesem Grund komme die Sorge auf, dass auch andere wichtige Beschlüsse, beispielsweise im Bereich Schulsanierung und Spielplatzbau, vor dem Hintergrund der Haushaltssperre nicht mehr umgesetzt werden.

Frau Jahn ergänzt, dass nach langer Planung noch in der vergangenen Sitzung mitgeteilt wurde, dass das Hearing für November angesetzt gewesen sei, es nun aber völlig unerwartet abgesagt werde. Deswegen sehe sie Schwierigkeiten im Informationsfluss. Frau Jahn möchte nun wissen, mit welchen Kosten die Verwaltung im Falle einer Durchführung rechne.

Frau Beigeordnete Dr. Klein entgegnet, dass ein Blick in die Tagesordnung die lange Dauer erkläre: das Amt für Kinder, Jugend und Familie sei mit einer Vielzahl verschiedenster Aufgaben betraut, was in Zusammenhang mit fehlenden Personalkapazitäten einen konstant hohen Arbeitsdruck erzeuge und zur Folge habe, dass Prioritäten in Bearbeitung und Finanzierung gesetzt werden müssen. In Zeiten der finanziellen Krise seien Diskussionen zum Thema Haushaltskonsolidierung vorrangig, und auch der U-3-Ausbau müsse in dem Moment beispielsweise eher gefördert werden, als ein Hearing.

Die Haushaltssperre gelte zudem unabhängig von der Summe, so dass auch die Mittel von „nur“ schätzungsweise 16.000 Euro nicht abrufbar seien.

Inwieweit die Haushaltssperre sich auf Beschlüsse in anderen Bereichen auswirke, müsse von der Kämmerei geprüft werden. Hierzu werde eine schriftliche Beantwortung folgen.

Frau van Dawen stimmt der Priorität des U-3-Ausbaus zu, erinnert jedoch daran, dass die politische Mitbestimmung der Jugend etwas Grundsätzliches darstelle. Eine eigenständige Jugendpolitik habe einen festen Platz in der Zukunft und dürfe daher nicht als Luxusthema behandelt werden. Sie zeigt sich zuversichtlich, dass eine Förderung der Jugendpolitik, unter anderem in Form eines solchen Hearings, machbar sei.

Anmerkung: Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 3 bei.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge sind nicht vorhanden.

4.2 Neue Anträge

Im Vorfeld der Sitzung wurden keine neuen Anträge gestellt.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Rosenmaarschule AN/1535/2012

**Zu 5.1.1 Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem
Förderbedarf an der GGS Am Rosenmaar
3733/2012**

Die Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.09.2012 und deren Beantwortung werden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

5.1.2 Auswirkungen des "U3-Krippengipfels" auf Köln AN/1547/2012

**Zu 5.1.2 Auswirkungen des "U3-Krippengipfels" auf Köln
3327/2012**

Die Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.09.2012 und deren Beantwortung werden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Strukturelle Unterfinanzierung und Haushaltskürzungen AN/1720/2012

zu 5.2.1 Strukturelle Unterfinanzierung und Haushaltskürzungen 3930/2012

Frau Stahlofen bedankt sich für die in Form einer Tischvorlage vorliegende Beantwortung, jedoch scheinen ihr die Ausführungen zu Punkt 4 unverständlich, beziehungsweise unvollständig. Sie wolle wissen, seit wann die Weitergabe der Tarifierhöhungen keine Berücksichtigung mehr finde, wie sich dies in Zahlen darstelle, und was sich hinter dem Ausdruck „zeitgemäße Strukturen und Rahmenbedingungen“ verberge.

Herr Pannes äußert seinen Unmut über die Antworten auf Fragen 3 und 4. Eine Bedarfsanalyse habe das Erfordernis einer Kooperation von Schulen und Jugendeinrichtungen aufgezeigt, doch daraus resultierende Mehrarbeit und Mehrkosten seien nach wie vor nicht ausgeglichen worden. Da der Bedarf bereits heute nicht gedeckt werden könne, sei diese paraphrasierende Antwort in seinen Augen eine Frechheit.

Anmerkung: Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 4 bei.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Mittelverteilung an Projekte der Jugendberufshilfe 3362/2012

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss genehmigt nachträglich den folgenden Dringlichkeitsbeschluss:

Wir beschließen die Mittelverteilung 2012 in Höhe von insgesamt 450.700,00 Euro für Projekte der Jugendberufshilfe gemäß Anlage 1.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Anmerkung: Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**6.2 Realisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern im Schulalter.
hier: Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsbetreuung für 10 - 14jährige Schülerinnen und Schüler" für das Schuljahr 2012/2013
3543/2012**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss, - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt die Zuschüsse für die in der Anlage 1 genannten Träger in Höhe von 538.557,51 Euro für die Durchführung von Ganztagsangeboten im 1. Schulhalbjahr 2012/2013 (01.08.2012 – 31.12.2012) zu gewähren.

Für 2012 stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), entsprechende Mittel zur Verfügung.

Anmerkung: Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Die AWO Köln und der Caritasverband Köln haben weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen.

**6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
"Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V."
3253/2012**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den „Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V.“, Genovevastr. 72, 51063 Köln, gemäß § 75 Abs. 2 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.4 Förderung der Mitgliedsverbände im "Ring politischer Jugend Köln" 2573/2012

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt für das Jahr 2012 die Mitgliedsverbände im „Ring politischer Jugend Köln“ für ihre politische Jugendarbeit zu fördern.

Die Verteilung der Fördermittel für die politische Jugendarbeit soll auf Grundlage der Antragstellung sowie der im Jahre 2012 zur Verfügung stehenden Fördermittel wie folgt vorgenommen werden.

1. Jungsozialisten	8.745,44 Euro
2. Junge Union	6.850,36 Euro
3. Jungliberale	2.141,91 Euro
4. Junge Linke	760,83 Euro
5. Grüne Jugend	1.301,46 Euro

Summe 19.800,00 Euro

Für 2012 stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), entsprechende Mittel in Höhe von 19.800 Euro zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der AWO Köln einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Annahme einer zweckgebundenen Spende für den Spielplatz im Forstbotanischen Garten 2912/2012

Herr Dr. Heinen bedankt sich für die Spende.

Auch Herr Dr. Schlieben zeigt sich erfreut darüber. Er bittet jedoch um Klärung, ob es weitere Spenden gebe, die den Stadtbezirk 2 in diesem Bereich betreffen und wie diese in die Spielplatzbedarfsplanung mit eingerechnet werden. Darüber hinaus fragt er, wie die Verwaltung den oftmals langen Zeitraum zwischen Spende für ein spezielles Projekt und dessen Umsetzung überbrücke, und auf welche Weise die Transparenz zwischen Verwaltung und Spender verbessert werden könne.

Frau Beigeordnete Dr. Klein sagt hierzu eine schriftliche Beantwortung zu.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung Rodenkirchen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen nimmt, vorbehaltlich der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses, eine Spende in Höhe von 9.000 Euro dankend an.

Die zur Umsetzung der gesamten Maßnahme erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 8 (Auszahlungen von Baumaßnahmen), Maßnahme 5100-0604-0-2002 zur Verfügung

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

**8.1 Rücktritt eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes, Wechsel der Vertretung und Vorschlag zur Neuwahl
3413/2012**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt

Frau Christine Kupferer

als ordentliches, stimmberechtigtes Mitglied für die „Sportjugend Köln“ in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie. Die bisher als ordentliches Mitglied tätige

Frau Erika Weber

soll ab der Wahl Frau Kupferers als deren Stellvertreterin fungieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**8.2 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschusses
3416/2012**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt

Frau Kristin Goetze

als stellvertretendes, beratendes Mitglied für den Kölner Jugendring in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie. Frau Goetze wird die Vertretung von Frau van Dawen wahrnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**8.3 Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-Realschule, Dechenstraße 1, 50825 Köln (Neuehrenfeld)
hier: Änderungsbeschluss zum Ratsbeschluss vom 20.12.2011
2952/2012**

Herr Dr. Heinen merkt an, dass die Niederschrift über die Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung nicht korrekt sei: tatsächlich sei Punkt 1 gestrichen worden, da man nicht über eine Verzögerung dieses Projektes habe mitbeschließen wollen.

Herr Dr. Schlieben bestätigt dies. Aufgrund seiner Anregung sei lediglich über Punkt 2 beschlossen worden. Er bittet, dies in der Niederschrift des Ausschuss Schule und Weiterbildung korrekt darzustellen.

Da so nun auch im Jugendhilfeausschuss verfahren werden sollte, stellt der Ausschussvorsitzende die Vorlage ohne Punkt 1 zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

In Abänderung seines Beschlusses vom 20.12.2011 (DS 2715/2011) beschließt der Rat der Stadt Köln gem. § 81 Abs. 2 in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz NRW (SchulG), dass der gebundene Ganztagsbetrieb an der Eichendorff-Realschule Dechenstraße nicht zum 01.08.2013 sondern zum 01.08.2015 beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 eingeführt wird. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Bezirksregierung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**8.4 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschusses
3507/2012**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt

Frau Monika Reisinger

als stellvertretendes, beratendes Mitglied für den Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen (MCD/HKS) e.V. in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie. Frau Reisinger wird die Vertretung von Frau Wöhler wahrnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**8.5 Genehmigung von überplanmäßiger Auszahlung
3653/2012**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt eine weitere überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 50.000 Euro im Teilfinanzplan 0606 (Hilfe für junge Menschen und ihre Familien) in Teilplanzeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) im Haushaltsjahr 2012 (Finanzstelle 0000-0606-0-0001, Finanzposition 5103.578.3100.5) sowie die Freigabe in gleicher Höhe.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 0604 (Kinder- und Jugendarbeit), Teilplanzeile 11, Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen (Finanzstelle 5100-0604-0-AZ01, Finanzposition 5106.578.1800.9).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Die Sportjugend Köln war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

9 Anfragen

9.1

Herr Dr. Schlieben bezieht sich auf die Tagesordnungspunkte 3.11 und A in der Sitzung 07.02.2012 sowie TOP 9.2 in der Sitzung 06.03.2012. Hier wurde unter anderem berichtet, dass die Verwaltung sich für die kommenden zwei Jahre 100 Maßnahmen im Bereich der Spielplatzbedarfsplanung vorgenommen habe, für die sie im Rahmen der bestehenden Haushaltsansätze 7 Millionen Euro realisieren könne. Damit zusammenhängend war das Problem der unzureichenden Personalausstattung in der zuständigen Verwaltungsabteilung diskutiert worden. Dazu gab es wiederum eine schriftliche Beantwortung in der Sitzung 19.06.2012 (TOP 2.1), wonach sich die Jugendverwaltung bezüglich der Personalfragen in Verhandlungen mit dem Personal- und Organisationsamt befinde. Bezüglich der Finanzierung des Personals gebe es bereits positive Signale, die Mittel für die geplanten 100 Maßnahmen stehen bereits zur Verfügung.

Herr Dr. Schlieben erkundigt sich nunmehr nach dem Sachstand:

- a) Stehen die für die Umsetzung des Sofortmaßnahmenpakets benötigten Finanzmittel von 7 Millionen Euro aktuell dem Jugenddezernat zur Verfügung und wurde die für die Jahre 2012/2013 angekündigte Umsetzung der wichtigsten 100 Maßnahmen planmäßig begonnen?
Falls nein, warum nicht?
- b) Steht die für die Umsetzung des Sofortmaßnahmenpakets benötigte Personalausstattung aktuell zur Verfügung?
Falls nein, warum nicht?
- c) In welchem Umfang sind schon beauftragte Baumaßnahmen auf öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen von den Plänen zur Haushaltskonsolidierung betroffen?
- d) Welche Auswirkungen werden die Pläne zur Haushaltskonsolidierung auf zukünftige Baumaßnahmen für öffentliche Spiel- und Bolzplätze haben?

Die Verwaltung wird diese Fragen schriftlich beantworten.

9.2

Frau Jahn kommt auf die im September von Frau Stadtkämmerin Gabriele Klug verfügte haushaltswirtschaftliche Sperre gem. § 24 GemHVO für das Jahr 2012 zu sprechen, wodurch lediglich noch Aufwendungen und Auszahlungen zulässig sind, soweit die Stadt hierzu rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Sie nimmt im Besonderen auf die Verfügungsbeschränkung von 90 % für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 13 der Ergebnispläne) Bezug.

Sie bittet um Aufklärung folgender Punkte:

- a) Welche Aufwendungen und Auszahlungen dürfen im Aufgabenbereich des Dezernats IV aufgrund rechtlicher Verpflichtungen und Unaufschiebbarkeit weitergeführt werden, und welche nicht?
- b) Welche Aufgaben sind bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen insbesondere betroffen? Welche Aufgaben und Leistungen werden vermindert oder nicht durchgeführt?

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

9.3

Frau Stahlofen erinnert an die Frage, die sie zu TOP 5.2.1 in dieser Sitzung gestellt habe: seit wann werden keine Tarifierhöhungen mehr berücksichtigt? In diesem Zusammenhang möchte sie auch wissen, wie sich diese Unterfinanzierung für die freien Träger der Jugendhilfe in Zahlen darstelle.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, dass nicht exakt benannt werden könne, was das Einfrieren der Fördergelder bei den Trägern auslöse, da dies in jedem Einzelfall unterschiedlich sei. Seit wann die Zuschüsse nicht weiter erhöht werden, könne man natürlich beantworten, die Unterfinanzierung könne man allenfalls am Beispiel *eines* Trägers *exemplarisch* recherchieren und darstellen. Es werde eine schriftliche Beantwortung folgen.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez. Petra Lohmann (Schriftführerin)